

Zwischen Autokratie und Dschihadismus

Syriens Christen hoffen auf die Umsetzung von Genf I

Petra Becker

Der Diskurs, den Syriens Christen seit März 2011 führen, lässt erkennen, dass viele von ihnen der Protestbewegung inzwischen den Rücken gekehrt haben, obwohl sie zu Beginn Sympathien für sie hegten und sich auch daran beteiligten. Diese Christen haben sich nicht deshalb abgekehrt, weil sie aus innerster Überzeugung hinter dem Regime stehen, sondern weil die Militarisierung und Radikalisierung der Revolution sie ebenso verunsichert hat wie die Tatsache, dass die Opposition es auch nach drei Jahren nicht geschafft hat, sich als glaubwürdige Alternative zum Regime zu präsentieren. Deutsche und europäische Politik sollte es sein, weiter auf eine politische Lösung hinzuwirken und sich davor zu hüten, einzelne religiöse oder ethnische Gruppen auf Kosten anderer zu unterstützen. Denn mit Ausnahme jener Gebiete, in denen ausländische Dschihadisten operieren, sind Christen in Syrien nicht stärker gefährdet als andere Syrer.

Christen haben einen festen Platz in der syrischen Gesellschaft. Ihr Anteil an der Bevölkerung wird auf 8 bis 10 Prozent geschätzt. Die drei größten der insgesamt elf Konfessionen sind die griechisch-orthodoxe, die armenisch-orthodoxe und die griechisch-katholische Gemeinde. Bis auf die Armenier, die Assyrer und die Chaldäer gehören die Christen zur Urbevölkerung des heutigen Staatsgebietes. Gerade auf dem Land ist man sich dieser Verwurzelung sehr bewusst. Nicht wenige Muslime in ländlichen Regionen wissen sogar noch, welcher ihrer Vorfahren vom Christentum zum Islam konvertiert ist. Der andere Teil des Clans hängt weiterhin dem Christentum an und wird nach wie vor als weitere Verwandtschaft begriffen. Dieses Wissen

um die gemeinsamen Wurzeln ist bis heute lebendig. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es in den drei Jahren, die der Konflikt in Syrien bereits andauert, nur selten zu religiös motivierten Gewaltakten gegen Christen gekommen ist. Von diversen Orten wird berichtet, dass die lokale muslimische Bevölkerung die Christen in Schutz genommen hat, als sie von ausländischen Dschihadisten angegriffen wurden.

Viele Christen hoffen auf eine Stabilisierung der Lage, die es ihnen ermöglichen würde, ihr früheres Leben wieder aufzunehmen. Weniger Vertrauen haben die Armenier, deren Wahrnehmung durch die Erinnerung an den Genozid geprägt ist, dem ihre Vorfahren während des Ersten Weltkriegs auf dem Gebiet der heutigen Türkei

Petra Becker ist Wissenschaftlerin im Projekt »Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt«. Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit der arabischen Welt sowie der Robert Bosch Stiftung und kooperiert mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung sowie dem Institut für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung.

SWP-Aktuell 39
Mai 2014

zum Opfer fielen. Dasselbe gilt für die Chaldäer und Assyrer, die nach dem Ersten Weltkrieg in die heute syrische Euphratregion geflüchtet sind, als Reaktion auf Massaker an der christlichen Bevölkerung im Irak.

Regionale Unterschiede

Die Siedlungsgebiete der Christen sind über das gesamte syrische Territorium verstreut. Wie andere Bevölkerungsgruppen sind auch Christen als Folge der Kampfhandlungen aus ihrer Heimat geflohen. Im Ergebnis hat sich die ursprüngliche demographische Verteilung deutlich verändert. Je nach den Kräften, die in den verschiedenen Regionen des Landes die Kontrolle ausüben, ist die Lage der Christen sehr unterschiedlich.

Der kurdisch geprägte Nordosten

Im Nordosten blieb es nach Beginn des Aufstands 2011 weitgehend ruhig. Denn das Regime hatte sich die Gefolgschaft großer Teile der kurdischen Opposition erkaufte. Gleich zu Beginn der Demonstrationswelle hatte es der bis dahin am stärksten marginalisierten ethnischen Minderheit – den Kurden – weitgehende Zugeständnisse gemacht. Die Sorge für die Sicherheit der Region überließ das Regime als stellvertretender Ordnungsmacht der kurdischen Demokratischen Einheitspartei (PYD), dem syrischen Ableger der in der Türkei aktiven Kurdischen Arbeiterpartei (PKK).

Die historische Erfahrung der Armenier, Chaldäer und Assyrer war ein ausschlaggebender Beweggrund dafür, dass ein Großteil von ihnen den Nordosten verließ, lange bevor dort die ersten dschihadistischen Gruppen auftauchten. Außerdem existierten große Diasporagemeinden von Assyrern und Aramäern vor allem in Schweden, in den Niederlanden und in Deutschland, die in der Lage waren, sie im Wege der Familienzusammenführung aufzunehmen.

Seit 2013 werden kurdische Gebiete regelmäßig von dschihadistischen Milizen bedroht, vor allem von der mit al-Qaida affilierten Gruppierung Islamischer Staat

im Irak und Syrien (ISIS). Dies hat viele Christen in der Region bewogen, sich der links und säkular orientierten PYD anzunähern, die laut Programm Verfechterin der Rechte von Minderheiten ist. Allerdings hat die PYD in der Vergangenheit ihrerseits politische Gegner brutal verfolgt. Insofern erscheint es zweifelhaft, ob sie ein Garant für Pluralismus und Demokratie sein kann.

Rebellengebiete

Über die Provinzen Aleppo, Idlib, Raqqa und Deir ez-Zor hat das Regime die Kontrolle verloren. Von dort sind die meisten Christen geflüchtet. Grund für ihre Flucht war hier zunächst – wie bei ihren muslimischen Nachbarn – die Bedrohung durch Kampfhandlungen und das Flächenbombardement, mit dem das Regime Gebiete überzieht, die es nicht mehr unter Kontrolle hat. Zudem sind in den Rebellengebieten fast alle Einkommensmöglichkeiten weggebrochen. Angst vor Dschihadisten war hingegen für die Flucht ein eher nachgeordnetes Motiv. Nachdem die Regimemedien diese Angst zunächst geschürt hatten, obwohl wenig konkrete Anlässe zur Sorge bestanden, ist diese Bedrohung im Laufe des Jahres 2013 allerdings zunehmend akuter geworden.

Hochgradig gefährdet sind Christen überall dort, wo ISIS aktiv ist. Allerdings haben so gut wie alle Christen diese Gebiete verlassen. Aus der Provinz Raqqa wurde im März 2014 berichtet, dass ISIS die wenigen verbliebenen Christen zum Zahlen einer Kopfsteuer gezwungen hat, wie sie etwa im Osmanischen Reich für Angehörige religiöser Minderheiten üblich war. Wenn derzeit von öffentlichen Hinrichtungen berichtet wird, handelt es sich bei den Opfern in der Regel um Kämpfer konkurrierender Rebellengruppen oder um politische Aktivisten, die ISIS die Stirn bieten.

Nach Aussage sowohl von Kirchenvertretern als auch von Menschenrechtsorganisationen hat es bisher landesweit nur sehr wenige religiös motivierte Morde an Christen gegeben. In Aleppo arbeiten weiterhin

christliche Einrichtungen und – wenn auch wenige – christliche Aktivisten in jenem Teil der Stadt, der von Rebellen kontrolliert wird. Dies gilt bzw. galt auch für Rebellenhochburgen in umkämpften Gebieten, zum Beispiel für die Altstadt von Homs oder die Stadt Yabroud im Antilibanon, wo Christen mit der sunnitischen Mehrheit eine gemeinsame Zivilverwaltung organisiert hatten, ohne dabei Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Als in Yabroud Mitte 2013 ortsfremde Dschihadisten Schüsse auf Kirchen abfeuerten, stellte der Lokalrat Wachposten vor den Kirchen auf und konnte weitere Anfeindungen unterbinden. Erst als die Regierungsarmee und die Hizbollah Mitte März 2014 zur Rückeroberung des Ortes ansetzten, flohen die meisten Bewohner. Sie hatten Angst vor den Regimekräften, die bei der Rückeroberung des Nachbarortes Deir Atieh gebrandschatzt, geplündert und wahllos Zivilisten erschossen hatten.

Umkämpfte Gebiete

In den mittelsyrischen Provinzen Hama und Homs sind die Gefechte zwischen Regimekräften und Rebellen immer wieder aufgeflammt. Diese Tatsache und die desolante allgemeine Sicherheitslage haben etwa die Hälfte der Christen dazu bewogen, ihre Dörfer zu verlassen. Große Teile der Stadt Homs sind durch das Bombardement der Armee zerstört worden. Nach Berichten von Bewohnern gibt es keine Viertel mehr, in denen Sunniten und Alawiten gemeinsam wohnen. Ungeachtet dessen leben Christen in Homs nach wie vor in gemischten Vierteln zum Teil mit Alawiten, zum Teil mit Sunniten zusammen, ohne dass es größere Spannungen gäbe.

In der Provinz Deraa ändern sich die Frontlinien ständig, die zwischen den gegeneinander kämpfenden Regimekräften, der Freien Syrischen Armee (FSA) und aus Jordanien eingesickerten Dschihadisten verlaufen, die sich in der Jabhat an-Nusra formierten. Als Folge dessen sind die meisten Christen auch aus dieser Provinz geflohen. Weitgehend in ihren Wohnorten ver-

blieben sind dagegen die Christen im südwestlichen Umland von Damaskus nahe den Golanhöhen. Sie haben sich bislang sowohl mit den Regimekräften als auch mit den lokalen FSA-Einheiten arrangiert.

Vom Regime kontrollierte Gebiete

Christen sind auch aus Gebieten abgewandert, die das Regime kontrolliert, etwa aus Damaskus und dem Küstengebirge. Insgesamt ist dort der Anteil der christlichen Bevölkerung allerdings gestiegen, weil Christen aus anderen Regionen hier Zuflucht gesucht haben. Das gilt für das Stadtzentrum von Damaskus, vor allem aber für das Küstengebirge. Eine Sonderstellung nimmt das zwischen Homs und Tartous gelegene Wadi an-Nasara (Tal der Christen) ein – die einzige Region Syriens, in der die Christen die Mehrheitsbevölkerung stellen. Nach Schätzungen hat sich die Zahl seiner Bewohner infolge der Zuwanderung von Christen insbesondere aus Homs, aber auch aus Damaskus und Aleppo seit 2011 vervierfacht.

Fluchtmotive und Fluchtziele

Neben Kampfhandlungen, Flächenbombardements und Armut ist ein weiteres wesentliches Fluchtmotiv die verbreitete Kriminalität. Weder die Regimekräfte noch die Rebellen erhalten genügend Sold, um ihre Familien zu ernähren. Darum halten sie sich an der Bevölkerung schadlos, indem sie an den Checkpoints Geld erpressen oder Passanten entführen. Dieses Verhalten wird insofern gefördert, als sich beide Seiten sicher sein können, nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. Darüber hinaus geben sich gewöhnliche Kriminelle nicht selten als Milizionäre der einen oder anderen Seite aus und begehen in deren Namen Straftaten. Diesem Unwesen hat das Regime noch dadurch Vorschub geleistet, dass es im ersten Jahr der Revolution diverse Amnestien erließ, im Zuge derer gewöhnliche Kriminelle auf freien Fuß gesetzt wurden. Bewohner aus allen Landesteilen

beklagen, dass das Regime viele dieser polizeibekanntenen Kleinkriminellen für ihre Bürgerwehren rekrutiert hat. Diese sogenannten »Volksverteidigungskomitees« sollen in den jeweiligen Vierteln für Sicherheit sorgen, tun aber häufig das Gegenteil.

Die ungewisse politische Entwicklung ist ein weiterer Faktor, der die Christen dauerhaft aus dem Land vertreiben könnte. Zwar würden sich die Christen – vor die Wahl gestellt – eher für das Assad-Regime als für die Opposition entscheiden. Im Gespräch jedoch geben sie mehrheitlich sehr bald zu erkennen, dass sie auch unter Assad keine Zukunft für Syrien sehen. Unter den Flüchtlingen, die Syrien seit dem Ausbruch der Unruhen im März 2011 verlassen haben, sind die Christen eher unterrepräsentiert. In den Flüchtlingslagern der angrenzenden Länder halten sich vor allem Sunniten auf. Ein Teil der Armenier ist nach Armenien geflüchtet. Die allermeisten Christen suchen Unterschlupf im Küstengebirge oder gehen in den Libanon, wo viele auf Unterstützung durch verwandtschaftliche und kirchliche Netzwerke hoffen. Insgesamt scheinen vor allem diejenigen Christen das Land zu verlassen, die es sich finanziell leisten und ins westliche Ausland emigrieren können. Wem diese Möglichkeit nicht offensteht, flüchtet von einem Stadt- oder Landesteil in den nächsten, je nachdem, wo die Lage gerade am wenigsten gefährlich ist, oder kehrt notgedrungen in sein Haus zurück, wenn ihm das Geld ausgeht.

Das syrische Regime – Schutzmacht der Christen?

Das Assad-Regime präsentiert sich selbst als Schutzmacht der Christen. Als Assad im April 2014 medienwirksam den bekannten christlichen Wallfahrtsort Maaloula besuchte, sagte er allerdings kein Wort dazu, dass der überwiegende Teil der Schäden an Kirchen und Klöstern von der syrischen Armee verursacht und der Ort nach wechselseitigen Eroberungen sowohl von Rebellen als auch von Regimekräften geplündert worden war.

Assad verfolgt eine Strategie der Polarisierung von religiösen Minderheiten und der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung. Konkret ging es ihm von Anfang an darum, einen Keil zwischen Sunniten auf der einen Seite und Alawiten, Christen, Drusen, Ismailiten und Schiiten auf der anderen Seite zu treiben. Sein Regime trieb die Protestbewegung durch massive Gewaltanwendung in die Militarisierung und förderte ihre Radikalisierung, indem es Dutzende von Dschihadisten aus seinen Hochsicherheitsgefängnissen entließ. Vor allem durch Einschüchterung, Desinformation und das Schüren von Konflikten zwischen den diversen Gruppen ist es ihm gelungen, die Christen von einem breiteren Engagement für die Revolution abzuhalten.

Einschüchterung

Wer sich in der Revolutionsbewegung engagierte, lief Gefahr, erschossen oder inhaftiert zu werden. Bei Christen waren die Sicherheitsapparate vorsichtiger: Sie wurden zwar auf Demonstrationen festgenommen oder zu Verhören vorgeladen, aber in der Regel schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei den Verhören wurde ihnen vorgeworfen, unwissentlich vom Ausland gesteuerte Terroristen zu unterstützen. Eine Sicherheitsgarantie gab es für Christen jedoch nicht. Um nur zwei prominente Beispiele zu nennen: Der bekannte christliche Menschenrechtsanwalt Khalil Maatouk wurde im Herbst 2012 vom Geheimdienst verschleppt; bis heute sitzt er ein, ohne dass er bislang einem Haftrichter vorgeführt wurde. Der christliche Bildhauer Wael Qastoun wurde im Juli 2012 von Geheimdienstmitarbeitern zu Tode gefoltert.

Gezielte Desinformation

Eine der effektivsten Waffen des Regimes ist seine konsequente Desinformationsstrategie, die nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichtet ist. Instrumente dieser Strategie sind die regimenahe Medien und die Geheimdienste. Die

regimenahen Medien stellten die Proteste von Anfang an als einen vom Ausland initiierten Aufstand gewaltbereiter Salafisten dar, die in Syrien einen Gottesstaat errichten wollten. Aufgabe der Geheimdienste war es unterdessen, in christlichen Vierteln anti-christliche Parolen an die Wand zu sprühen oder Agents Provocateurs unter die Demonstrationen zu mischen, die solche Parolen ausriefen, um die Protestbewegung zu diskreditieren und die Christen zu verschrecken. Eine vielerorts beobachtete Strategie ist es auch, Artillerie in unmittelbarer Nähe von Klöstern und Kirchen in Stellung zu bringen, um von dort sunnitische Dörfer zu beschießen.

Dabei kann sich das Regime bei der Verfolgung seiner Sicherheits- und seiner Medienstrategie auf die gleichgeschalteten Kirchen stützen. Im Frühjahr 2011 suchte eine Gruppe christlicher Aktivisten die geistlichen Führer der christlichen Konfessionen auf, um sie zu bitten, bei ihrer Pro-Regime-Rhetorik Zurückhaltung zu üben. Ein Patriarch verriet sie daraufhin an den Geheimdienst. Die griechisch-katholische Kirche beugte sich sogar so weit dem Druck, der auf sie ausgeübt wurde, dass sie die Trauerfeier für den oppositionellen Jungfilmer Bassel Shahadeh absagte, der im Mai 2012 beim Bombardement der Armee in Homs ums Leben gekommen war.

Kleriker diverser Konfessionen lassen sich vom Regime benutzen und beteiligen sich an der Verbreitung von Medienlügen über Massaker an Christen, um so im Ausland für das Assad-Regime zu werben, das sich als einzigen Garanten für den Fortbestand des Christentums in Syrien zu vermarkten sucht. Unbequeme Geistliche dagegen haben Repressalien zu fürchten: Der italienische Jesuit Paolo dell'Oglio, der sich dreißig Jahre lang um die Verständigung zwischen Christen und Muslimen in Syrien bemühte, wurde Ende 2011 vom Regime zur Persona non grata erklärt. Geistliche, die nicht eindeutig für das Regime Partei nehmen, werden eingeschüchtert.

Schüren religiöser Konflikte

Das Regime versucht um jeden Preis zu verhindern, dass Christen sich mit Sunniten solidarisieren, den Hauptleidtragenden der Regimegewalt. Das Vorgehen des Sicherheitsapparats in der mittelsyrischen Kleinstadt Sqeilabiyeh am Karfreitag 2011 mag dafür als Beispiel gelten. In den sunnitischen Dörfern im Umland von Sqeilabiyeh verbreitete er die Falschnachricht, dass es dort mittags eine große Demonstration gegen das Regime geben werde. Daraufhin machten sich die Dorfbewohner in Bussen auf den Weg zu der vermeintlichen Demonstration. Unterdessen setzten Sicherheitskräfte in Sqeilabiyeh, wo die alljährliche große Karfreitagsprozession stattfand, das Gerücht in Umlauf, die Sunniten aus den Nachbardörfern seien unterwegs in die Stadt, um die Kirche anzuzünden. Einzig der Besonnenheit der Honoratioren des Ortes, die den perfiden Plan durchschaut hatten, war es zu verdanken, dass es zu keinem Blutvergießen kam.

Syrien – ein säkularer Staat

Von einem Schutz religiöser Minderheiten kann angesichts solcher Praktiken nicht die Rede sein. Schon rein juristisch hält auch die Behauptung des Regimes einer Überprüfung nicht stand, es sei der einzige Garant für die Bewahrung des säkularen Staates, für ein harmonisches Zusammenleben der gleichberechtigten Konfessionen und Religionen.

Sowohl die Verfassung von 1970, die bereits unter dem Baath-Regime in Kraft trat, als auch die von Assad 2012 im Eilverfahren durchgesetzte Verfassung garantieren Religionsfreiheit. Allerdings geben beide vor, dass beispielsweise der Staatspräsident Muslim sein muss und der Islam die Hauptquelle der Gesetzgebung ist.

Gleichheit vor dem Gesetz galt und gilt als Prinzip. Eine Ausnahme bildet das Personenstandsrecht, wie in nahezu allen nahöstlichen Ländern. In diesem Rechtsbereich sind für Muslime Scharia-Gerichte zuständig, für Christen Kirchengerichte – ein

Umstand, den Christen in den letzten Jahrzehnten zunehmend kritisch gesehen haben. Denn für die Anhänger der unterschiedlichen katholischen Kirchen bedeutet dies zum Beispiel, dass eine zivilrechtliche Scheidung unmöglich ist.

Religionsfreiheit gilt im Übrigen auch nur für die Ausübung der Religion durch Christen, die als solche geboren sind. Das syrische Recht sieht die Möglichkeit einer Konversion zum Christentum nicht vor, sehr wohl aber die einer Konversion zum Islam. Das birgt großes Potential für Konflikte bei interkonfessionellen Ehen. Möchte eine Muslimin einen Christen heiraten, muss der Mann zwingend zum Islam konvertieren. Eine Christin kann indes einen Muslim heiraten, ohne ihrem Glauben abzuschwören. In diesem Fall darf sie ihn aber nicht beerben, denn weder können Christen Muslime beerben noch umgekehrt Muslime Christen.

Zudem kritisieren Christen das Assad-Regime dafür, dass es nach der Niederschlagung des Aufstands von 1982, an dem wesentlich die Muslimbruderschaft beteiligt war, aus reinem Machtkalkül konservative sunnitische Kleriker kooptierte. Nie zuvor sind in Syrien so viele Moscheen gebaut worden wie in der Assad-Ära. Der Staat gründete in großer Zahl Koranschulen (die sogenannten Hafez-al-Assad-Schulen zur Memorierung des Korans). Das Baath-Regime biederte sich in einem Maße bei dem konservativen islamischen Klerus an, dass es 2005 ein Buch verbot, in dem die Verschleierung der Frau problematisiert wurde.

Politische Repräsentation unter dem Baath-Regime

Spricht man mit älteren syrischen Christen, so beklagen sie, dass der Einfluss der Christen in den vierzig Jahren der Baath-Herrschaft zurückgegangen sei. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten Christen aktiv am politischen Leben teilgenommen. So sind beispielsweise zwei wichtige syrische Parteien von Christen gegründet worden:

die Arabische Sozialistische Baath-Partei von Michel Aflaq und die Syrische Nationale Sozialistische Partei (SSNP) von Antoun Saadeh. Keine der beiden Parteien hatte allerdings eine demokratische, pluralistische Agenda.

Unter dem Baath-Regime war eine unabhängige politische Betätigung nicht mehr möglich. Statt auf Partizipation setzte es auf Gleichschaltung. An dem Aufstand in den 1970er Jahren waren neben der Muslimbruderschaft auch linke Parteien und Gewerkschaften beteiligt. Danach wurden Parteien, die sich nicht gleichschalten ließen, sowie alle unabhängigen Jugendorganisationen verboten. Jugendarbeit konnte damit einzig noch bei der »Revolutionären Jugend« der Baath-Partei stattfinden.

Erst 2000 wurde den Kirchen das Privileg gewährt, wieder Pfadfindergruppen zu gründen, die ebenfalls von dem Verbot betroffen gewesen waren. Ihre Arbeit wurde aber nun streng überwacht, ebenso die Predigten in den Moscheen und jene in Kirchen. Bis heute wird in Syrien ohne Zustimmung des Geheimdienstes kein Kirchenamt vergeben. Jede kirchliche – und jede andere zivilgesellschaftliche – Aktivität bedarf der Zustimmung des Geheimdienstes.

Prominente Christen in der Opposition

Ermutigt durch die Reformversprechen, die Bashar al-Assad bei seinem Amtsantritt gegeben hatte, bildete sich 2001 eine Bürgerrechtsbewegung, der sogenannte Damazener Frühling, den Assad aber schon bald niederschlagen ließ. Unter den Protagonisten der Bewegung waren auch die Christen mit Journalisten und Autoren wie Michel Kilo, Akram al-Bunni, Hussein Awdat und Antoun Maqdisi sowie dem Historiker Abdallah Hanna stark vertreten. In der syrischen Menschenrechtsbewegung betätigten sich an prominenter Stelle Rechtsanwälte wie Anwar al-Bunni, Khalil Maatouq und Michel Shammas sowie die Rechtsanwältinnen Daad Moussa und Catherine at-Telli.

Dieselben Christen waren involviert, als die Opposition 2005 mit der Damaszener Erklärung einen neuen Anlauf machte, sich zu formieren. Dasselbe gilt für den März 2011, als die ersten Protestkundgebungen in Damaskus veranstaltet wurden, auf denen die Aufhebung des seit 1963 geltenden Ausnahmezustands sowie ernsthafte politische Reformen gefordert wurden. Auch an den spontanen Protesten in den ländlichen Gebieten waren Christen beteiligt. Christliche Aktivisten aus allen Landesteilen berichten von ihrer Teilnahme an geheimen Treffen, auf denen über die Forderungen der Revolutionsbewegung beraten wurde. Dort habe Einigkeit darüber geherrscht, dass sich der Aufstand nicht gegen eine bestimmte Volksgruppe richte, sondern gegen ein Unrechtsregime, das jegliches zivilgesellschaftliche Engagement in Syrien unterbunden hat.

Die Beteiligung von Christen in der Revolutionsbewegung ist folglich keineswegs so gering, wie man vermuten würde – neben christlichen Politikern und zivilen Aktivisten gibt es sogar christliche Kämpfer unter den Rebellen. Ungeachtet dessen ist das Gros der christlichen Bevölkerung heute auf Distanz zur Revolutionsbewegung gegangen. Dies liegt ebenso an der Militarisierung und Radikalisierung der Bewegung wie an den erfolgreichen Gegenstrategien des syrischen Regimes. Beide Faktoren haben dazu geführt, dass die meisten Christen den Sturz des Regimes fürchten, obwohl ihnen auch bewusst ist, dass das Regime konfessionelle Spannungen aktiv anheizt.

Schwäche der Opposition

Zwar sieht die überwiegende Zahl christlicher Gesprächspartner sehr wohl, dass das Assad-Regime weder Syrien auf Dauer befrieden noch zu ihrer Sicherheit beitragen kann. Mit Recht verweisen sie aber darauf, dass die Opposition es bisher nicht geschafft hat, eine glaubwürdige Alternative zum Regime anzubieten, welche die Sicherheit und die Rechte aller Bürger garantieren kann. Der oppositionellen Na-

tionalen Koalition stehen viele Christen misstrauisch gegenüber, weil sie in ihren Augen ein islamistisches Projekt darstellt. Prominente christliche Oppositionelle in der Nationalen Koalition, wie Michel Kilo oder George Sabra, werden von vielen als »Quotenchristen« abgetan, die benutzt würden, um der Koalition einen säkularen Anstrich zu geben.

Untermauert wird diese Sichtweise durch die militärischen Kräfteverhältnisse in den Rebellengebieten. Denn die Finanzierung islamistischer bzw. salafistischer Gruppen durch staatliche und private Akteure aus den Golfstaaten hat dazu geführt, dass diese den Großteil der Rebellengebiete kontrollieren. Übergriffe meist ausländischer Dschihadisten auf Kirchen und – in wenigen Einzelfällen – auf Christen haben ein Übriges getan, um die Opposition bei den Christen in Verruf zu bringen.

Repräsentation vs. Bürgerrechte

In eine Zwickmühle geraten Christen dann, wenn sie sich nach außen sichtbar politisch engagieren wollen. Beinahe alle christlichen Oppositionspolitiker und Aktivisten wollen erklärtermaßen ihre Konfession nicht zum Thema machen. Denn dies betrachten sie als Verrat an den Grundforderungen der Revolution, konkret an dem Konzept der Gleichheit aller Bürger im Hinblick auf die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten. Zwar haben sich verschiedene christliche Gruppen innerhalb der Opposition gegründet, die explizit als Christen aktiv werden wollen und sich gelegentlich in öffentlichen Erklärungen dagegen verwahren, vom Regime vereinnahmt zu werden. Versuche, diese Gruppen zu einen und eine breitere Repräsentation der Christen in der Opposition zu erreichen, sind bislang aber an der Sorge gescheitert, auf diesem Wege in ein Proporz-System zu schlittern. Ein solches System, in dem verschiedenen Konfessionen bestimmte Ämter und Quoten vorbehalten sind, hat weder im Libanon noch im Irak zu einem funktionierenden Staat geführt.

Bewaffnung von Christen

Die Unsicherheit, die Christen derzeit in Syrien empfinden, hat sie in einigen Gegenden dazu veranlasst, sich zu bewaffnen. Zunächst ging es ihnen dabei um die Verteidigung ihrer Wohngebiete.

Die anhaltenden Versuche der Geheimdienste, die Christen in bewaffnete Auseinandersetzungen mit ihren sunnitischen Nachbarn zu verstricken, hatten zum Teil Erfolg. So haben sich Teile der »Nationalen Verteidigungsarmee«, einer vom Regime etablierten Miliz, die sich aus lokalen Bürgerwehren zusammensetzt, und Milizen der SSNP auch zu Angriffen auf sunnitische Dörfer hinreißen lassen. Letzter Höhepunkt solcher gefährlichen Entwicklungen war die Plünderung des Dorfes al-Husn am Wadi an-Nasara Ende März 2014 und die Vertreibung seiner sunnitischen Bevölkerung.

Im kurdischen Nordosten gibt es eine kleine Anzahl assyrischer Christen, die innerhalb der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), dem militärischen Arm der PYD, eine eigene Einheit bilden. Bislang wird diese Form der Militarisierung und Gewaltausübung von der christlichen Population mit Unbehagen betrachtet. Sollte die Konfessionalisierung des Konflikts allerdings weiter voranschreiten, ist damit zu rechnen, dass die Christen am Ende wie im libanesischen Bürgerkrieg massiv in die Kampfhandlungen verstrickt werden.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Christen sind in Syrien gegenwärtig nicht in erster Linie wegen ihres Glaubens gefährdet, sondern weil sie wie alle Syrer Kampfhandlungen, Bombardements und der desolaten Sicherheitslage ausgesetzt sind. Gelingt es in absehbarer Zeit nicht, den Konflikt zu lösen, werden sie allerdings im Zuge der fortschreitenden Konfessionalisierung und Radikalisierung zusehends gefährdet sein. Gefahr droht einerseits in Form von Angriffen und Repression durch Dschihadisten, andererseits von einer wachsenden Radikalisierung und Militarisierung in den eigenen Reihen. Dies wiederum dürfte zur

Konfrontation mit der Mehrheitsbevölkerung führen, mit der sie bis jetzt noch friedlich zusammenleben.

Daher wäre es kontraproduktiv, die Gefährdung der Christen in diesem Konflikt hervorzuheben oder gar bei der Aufnahme von Flüchtlingen gesonderte Kontingente für Christen vorzusehen. Dies würde den Eindruck vermitteln, als seien die Christen Protegés des Westens, was sie in ihrer Heimat erst recht unter Druck brächte.

Vielmehr sollten von deutscher und europäischer Seite Anstrengungen unternommen werden, den Konflikt in Syrien nachhaltig beizulegen. Das wird aber nur gelingen, wenn alle Gruppen im Land darauf vertrauen können, dass in einem zukünftigen Syrien die Prinzipien von Genf gelten: die Verpflichtung auf ein demokratisches Mehrparteiensystem unter Wahrung der Rechte aller Bürger ohne Ansehen ihrer ethnischen oder religiösen Identität. Zu diesem Schluss gelangten auch die Teilnehmer einer Konferenz, die die Konrad-Adenauer-Stiftung im März 2014 in Amman mitveranstaltete (vgl. »Present and Future of Christians in Syria«, www.alqudscenter.org/english/pages.php?local_type=122&local_details=1&idd=342).

Der Rücktritt des Sondervermittlers der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Lakhdar Brahimi, darf nicht dazu verleiten, die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufzugeben. Es gilt Russland und den Iran einzubinden, damit sie Druck auf das Regime ausüben und es dazu bewegen, sich auf einen Waffenstillstand und eine Übergangsregierung einzulassen. Gleichzeitig müssen Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten dazu gebracht werden, die Finanzierung dschihadistischer Gruppen einzustellen bzw. zu unterbinden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364